Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede

zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2023 am 20. Oktober 2022

"Wenn ein Kämmerer in einer Winternacht ..."

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei einem Besuch neulich in der Pinakothek der Moderne in München fiel mir eine Postkarte in den Blick, auf der stand: "Ich will meine Probleme von 1984 zurück". Auch wenn ich angesichts der vielen Möglichkeiten, die uns eine aktive Gegenwart bietet, keineswegs zu den Menschen gehöre, die meinen, dass die Vergangenheit stets besser gewesen wäre, würde es mir bei der Aufstellung des nächstjährigen Haushalts durchaus gefallen, wenn wir die Probleme von zumindest vor einem Jahr zurückhätten.

Damals konnten wir angesichts von großen Erfolgen bei der Impfung gegen Covid darauf hoffen, dass sich die Pandemie verflüchtigt oder ein Ende nimmt. Es war jedenfalls die Hoffnung auf eine schnelle Erholung da.

Heute, ein Jahr später, müssen wir feststellen, dass uns der Ukraine Krieg und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen bei den Stadtfinanzen wesentlich stärker treffen werden als die Corona Pandemie.

1

Und das, obwohl sich das Jahr 2022 noch als sehr robust erweist.

Bei der Gewerbesteuer liegen wir mit ca. EUR 108 Mio. weit über unserem Ansatz von EUR 90 Mio. und "toppen" sogar noch unser bisheriges Spitzenjahr 2018, das Gewerbesteuern von knapp über EUR 104 Mio. aufwies.

Schaut man allerdings genauer hin, liegt das diesjährige Spitzenergebnis v. a. an Nachzahlungen für das erste Corona-Jahr 2020 mit EUR 14,0 Mio. und an nachträglichen Vorauszahlungen für die Jahre 2021 und 2020 mit EUR 12,0 Mio. Wir haben es hier also mit erheblichen Nachholeffekten aus der Vergangenheit zu tun, die auch in dieser Höhe sehr ungewöhnlich sind. Sie zeigen, dass in der Pandemie die Vorauszahlungen aus Vorsicht und um Liquidität zu schonen, vielleicht stärker als nötig reduziert wurden und dass unsere Gewerbesteuerzahler im Schnitt doch besser aus der Pandemie herausgekommen sind, als ursprünglich angenommen.

Schlüsse für die Zukunft lassen sich aus diesen Zahlen aber nicht ziehen, zumal wir 2022 noch mit einem positiven Wirtschaftswachstum von 1,4 % rechnen dürfen.

Bei der Einkommensteuer lief es in den ersten beiden Quartalen noch auf ein Über-Plan-Ergebnis hinaus, was sich durch das 3. Quartal leider abgeschwächt hat, momentan liegen wir hier EUR 1,7 Mio. unter dem Ansatz von EUR 85,5 Mio.

Da sich bereits vor Wochen abzeichnete, dass der Haushalt 2023 dramatisch werden könnte, versuchten wir seitdem Druck von ihm zu nehmen, z. B. in dem wir Ausgaben und Mittelbereitstellungen in dieses Jahr vorziehen.

Dies betrifft z. B. den nach der n+2 Regelung erst in 2023 fällig werdenden Verlustausgleich der WVV i. H. v. EUR 3,1 Mio.

Auch wenn es dem Rechnungsprüfungsausschuss und vielleicht mehr noch dem Rechnungsprüfungsamt nicht gefallen sollte, werden wir 2022 vermehrt Haushaltsreste bilden, um liquide zu bleiben und Projekte weiterfinanzieren und damit fortsetzen zu können.

Zwar geht dies zu Lasten der Jahresrechnung 2022, wir vermeiden damit aber Neuveranschlagungen in 2023 und eine weitere Belastung des Haushalts und der Finanzplanung.

Bei all diesen Fragen geht es um die Verteilung von Belastungen durch die einsetzende Rezession auf möglichst viele Haushaltsjahre und darum, finanziell handlungsfähig zu bleiben, Leistungen fortführen und Investitionen durchführen zu können. Man könnte dies auch als "haushalterischen Streckbetrieb" bezeichnen.

Wie aber schätzen wir die zukünftige Situation ein und das in einer Zeit, die von vielen Unsicherheiten und Risiken geprägt ist und auch Experten an ihre Grenzen führt?

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im September quer durch alle Branchen eingebrochen¹. Die Gemeinschaftsdiagnose und andere Analysten gehen 2023 von einem Wirtschaftsabschwung von -0,4 % aus².

Inflation und die Leitzinserhöhungen führen zu einem Rückgang von Konsum und Investitionen und lösen damit eine Rezession aus. Der Energiepreisschock führt zu einem Einbruch der Kaufkraft von Konsumenten und lässt die Produktion vieler Unternehmen unrentabel werden.

Bedenklich ist, dass die hohe Inflation nicht nur im Euroraum, sondern wohl auch z. B. in den USA zu einer Rezession führt und damit eine weltweite Abschwächung droht.

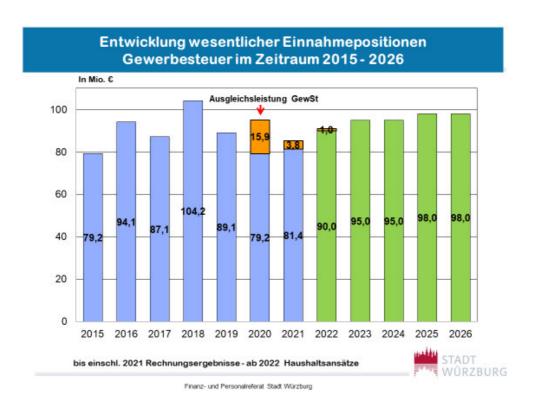
Wir können nur hoffen, dass die heimische Wirtschaft aufgrund einer breiten Mischung an Branchen hiervon nicht so stark betroffen sein wird und sich auch in der Zukunft als robust verweist.

Freilich wirken sich die hohen Zinsen, ausgelöst durch die Leitzinsanhebung der EZB, auch auf die kommunale Finanzierung aus. So mussten wir die Ansätze für unseren Zinsaufwand auch zur Umschuldung der im Jahr 2023 auslaufenden Anleihe um EUR 280.000 auf EUR 5,5 Mio. heraufsetzen. Auch das eine ungewohnte Aktion nach Jahren sinkender oder kontinuierlich niedriger Zinsen, in denen wir sogar Zinsgewinne durch die Aufnahme von Krediten erwirtschaftet haben.

Um nicht noch mehr in Schieflage zu geraten, müssen wir dennoch unsere größten Einnahmepositionen optimistisch sehen.

¹ https://www.ifo.de/fakten/2022-09-26/ifo-geschaeftsklimaindex-auf-breiter-front-gefallen-september-2022

² https://gemeinschaftsdiagnose.de/2022/09/29/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2022-energiekrise-inflation-rezession-wohlstandsverlust/; BayernLB Research; Perspektiven Ausgabe 08/2022; 14.09.2022



Die Gewerbesteuer planen wir unabhängig von der Steuerschätzung entsprechend der Finanzplanung vom letzten Jahr jeweils mit EUR 95,0 Mio. in 2023 und 2024 ein. Für die Jahre 2025 und 2026 ist mit einer Seitwärtsentwicklung von EUR 98,0 Mio. geplant.



Bei der Einkommensteuer gehen wir von einem Ansatz von EUR 89,2 Mio. aus, obwohl die Steuerschätzung und die Hochrechnung für dieses Jahr sowie die von der Bundesregierung durch das Inflationsausgleichsgesetz beschlossenen Maßnahmen zur Minderung der kalten Progression eigentlich etwas anderes raten würden. Wir bleiben hier aber optimistisch, denn das einzige, was derzeit gut läuft, ist der Arbeitsmarkt und mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 % im September steht Würzburg im Vergleich zu den kreisfreien Städten Frankens gut da.

Wir werden Ihnen bewusst keine Erhöhungen der Gewerbe- und / oder Grundsteuer vorschlagen. Einfach weil dies nicht in diese Zeit passt. Bei einer heraufziehenden Rezession das heimische Gewerbe durch höhere Realsteuern zu belasten, verschärft die Lage für die Unternehmen. Und bei steigender zweiter Miete durch die hohen Energiepreise Eigennutzern und Mietern auch noch die "kalten" Nebenkosten durch eine Grundsteuererhöhung hochzusetzen, verschärft die Lage zusätzlich.

Bei der Umsatzsteuer gehen wir mit EUR 20,4 Mio. von einem um EUR 1,5 Mio. höheren Ansatz als in diesem Jahr aus, auch wenn wir nicht genau wissen, wie sich die Rezession auf den Konsum und z. B. die Absenkung der Umsatzsteuer auf Gas auf den Umsatzsteuerverbund auswirkt.

Da es mir bei den Einnahmeansätzen vor allem darum geht, überhaupt die Grundlage für den Haushaltsausgleich zu schaffen und nicht durch eine vorsichtig restriktive Einnahmeplanung zu disziplinieren, sind die Ansätze für die genannten Gemeinschaftssteuern noch auf Basis der Steuerschätzung vom Mai gerechnet. Wie wir in diesem Jahr mit der als schlechter zu erwartenden Steuerschätzung vom November umgehen, ist bisher noch offen. Aber auch hier lauern Risiken.

Wir unterstützen die Forderung der bayerischen kommunalen Spitzenverbände und hoffen, dass die Schlüsselzuweisungsmasse deutlich steigt und damit unsere Annahme einer Erhöhung des Grundbetrags von 2 % gerechtfertigt ist.

Trotz optimistisch geplanter Einnahmeansätze müssen wir konstatieren, dass wir aufgrund des momentanen Ausgabenniveaus zwar unseren Verwaltungshaushalt ausgleichen, aber nur eine minimale Zuführung von EUR 4,1 Mio., geschweige denn die Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt erwirtschaften können.

Und das liegt v. a. an Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt, die sich auf über EUR 20 Mio. addieren und die nicht mehr über eine Einnahmensteigerung kompensiert werden können.

Signifikante Belastungen im Verwaltungshaushalt

Bereich	Belastungen ggü. 2022
Erhöhung der Personalausgaben	5,75 Mio. €
Einplanung der gestiegenen Energiekosten (Gas, Strom inkl. Straßenbeleuchtung, Fernwärme) mit Einsparvorgabe i.H.v. 15 Prozent	4,4 Mio. €
Einzelplan 4: Kostensteigerungen bei Jugendarbeit (KiTas), Obdachlosenwesen, Sozialhilfe und Jugendhilfe	6,256 Mio. €
Einzelplan 8: ÖPNV – Einplanung von div. Projekten	3,0 Mio. €



Finanz- und Personalreferat Stadt Würzburg

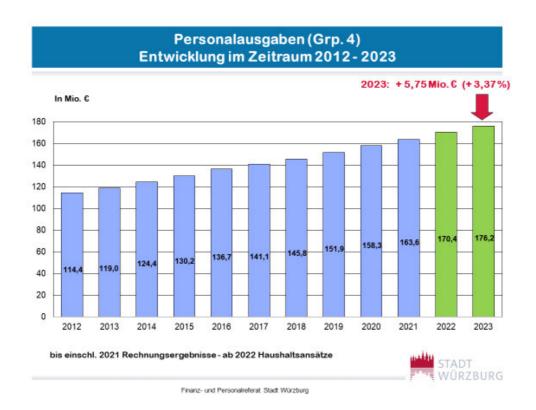
Wie auch andere Verbraucherinnen und Verbraucher schauen wir bangend auf Steigerungen bei den Energiepreisen. Hier haben wir für das nächste Jahr EUR 4,4 Mio. mehr eingeplant, das ist gegenüber dem Ansatz von 2022 mit EUR 5,4 Mio. eine deutliche Steigerung und gegenüber unseren vorherigen Energiekosten mehr als eine Verdopplung. Dies umso mehr, als wir hier bereits eine Pauschaleinsparung an Energie von 15 % einberechnet haben, die sicherlich nur mit konsequentem Komfortverzicht und Abschaltung von nicht elementaren Verbrauchern zu erreichen sein wird.

Welche Auswirkungen die Gaspreisbremse auf diese Zahlen hat, ist noch nicht klar. Pauschal haben wir daher eine Einsparung von EUR 0,5 Mio. in unserer Planung berücksichtigt. Wir unterstützen daher eindringlich die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, dass auch kommunale Einrichtungen von dieser Entlastung profitieren müssen.

Allerdings wird die Gaspreisbremse eine deutliche Erleichterung nicht nur für Privatleute, sondern auch für Vereine, Institutionen, Träger oder Vertragspartner bringen, die über Betriebskostenzuschüsse, Leistungsvereinbarungen oder Verträge mit uns verbunden sind. Das ist auch dringend notwendig. Denn machen wir uns nichts vor: Keine Kommune ist in der Lage, die Energie-Mehrkosten für die Bürgerinnen und Bürger oder Vereine und Institutionen mit eigenen Immobilien aufzufangen, zumal wir auf kommunaler Ebene auch nicht die Umstände dafür gesetzt haben, dass dies so gekommen ist.

Hier müssen Bund und Land für einen Ausgleich sorgen, und das tun sie auch. Der Bund durch die Energiepauschale, die Abmilderung der kalten Progression, die Gaspreisbremse; Land und Bund durch die Wohngeldreform. Maßnahmen, die sich auf ein Finanzvolumen von ca. EUR 244 Mrd. taxieren lassen. Auch ein bayerischer Härtefallfonds für Vereine und soziale Einrichtungen ist geplant.

Darüber hinaus mit groß angelegten kommunalen Fonds auf die Herausforderungen der Bürgerinnen und Bürger oder von Vereinen reagieren zu wollen, ist nicht nur ordnungspolitisch falsch, sondern überfordert uns auch finanziell. Gutgemeinte Vorstöße in diese Richtung werden mangels zu verteilender Masse nicht wirklich helfen können.



Die Personalkosten steigen um EUR 5,75 Mio. und nagen am Gesamtvolumen von EUR 180 Mio. Auch hier ist es schwer, zu planen. So haben wir die Tarifsteigerungen mit 4,5 % ab dem 01.04.2023 eingeplant. Die Tarifforderungen für den öffentlichen Dienst beinhalten allerdings eine Steigerung von 10,5 % für die nächsten 12 Monate. Ich hoffe, dass hier Besonnenheit einkehrt, denn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen in diesen Krisen ist begrenzt. Zudem heizen volkswirtschaftlich zwar gerechtfertigte, hohe Tarifabschlüsse als sog. Zweitrundeneffekte die Inflation zusätzlich an.

Der Stellenplan weist für das nächste Jahr ca. 46 neue Stellen auf. Ich will nicht verhehlen, dass die Verhandlungen um Stellenmehrungen in diesem Jahr hart waren und sich nicht alle Vorstellungen umsetzen ließen. Ich danke daher den Kolleginnen und Kollegen aus der Referentenrunde, dass es zu diesem abgestimmten Vorschlag kam. Noch viel mehr danke ich dafür, dass wir abgestimmt haben, die neuen Stellen erst ein Quartal später als sonst, also erst ab dem 01.10.2023 zu besetzen und zu finanzieren. Das entlastet den Personaletat ein gutes Stück. Sollten neue Stellen – die Haushaltsgenehmigung vorausgesetzt – vor diesem Datum besetzt werden müssen, müssen andere neue Stellen dann entsprechend später besetzt werden oder es muss mit der Wiederbesetzung vorhandener Stellen gewartet werden.

So wollen wir auch bei der Bewirtschaftung unseres Personals flexibel sein und Wiederbesetzungssperren oder globale Stelleneinsparungen, wozu andere bayerische Kommunen in dieser Zeit greifen, vermeiden.

Energiekosten, die uns belasten, belasten auch unsere Transferleistungsempfänger insbesondere im SGB XII und im SGB II, wo wir die Kosten der Unterkunft tragen. Darüber hinaus beschäftigten Kostensteigerungen beim Obdachlosenwesen und der Jugendhilfe den Sozial- und Jugendhilfeetat. Hinzukommt, dass auch die Kosten für die Zuschüsse für Kindertagesstätten steigen, so dass der ungedeckte Aufwand für die soziale Sicherung um EUR 6,256 Mio. steigt.

Zur zunehmenden Belastung wird auch die Ausgleichszahlung an die WVV für ÖPNV-Projekte. Hier wird 2023 die erste Rate für das Busnetz+ mit EUR 2,4 Mio. fällig, hinzukommen weitere direkt zu erbringende Ausgleichzahlungen von EUR 0,6 Mio., so dass sich der Ausgleichsbetrag auf EUR 3,0 Mio. steigert. Würden wir nicht versuchen, den Verlustausgleich 2021 schon in dieses Kalenderjahr vorzuziehen, würde der gleiche Betrag nochmal darauf kommen.

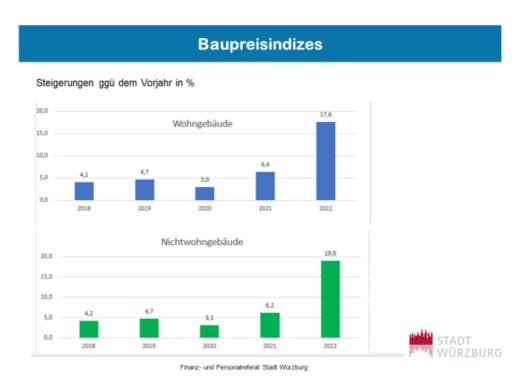
Seit einigen Jahren berichte ich Ihnen, dass der steuerliche Querverbund nicht mehr tragfähig ist und die Gewinne aus Energie und Wasser nicht ausreichen, den ÖPNV, die Bäder und die Eisbahn zu finanzieren. Der lapidare Satz in unseren Beschlussvorlagen, dass die Stadt die Erhöhung des Defizits der WSB aus dem Haushalt ausgleicht, um die Liquidität der WSB zu sichern und der Querverbund durch die laufenden Großprojekte ausgelastet ist, verkennt völlig, dass auch unser Haushalt ausgelastet ist und nicht mehr leisten kann. Insbesondere handelt es sich hier um jährlich fällig werdende Zuschüsse, für die wir dauerhaft die Kraft brauchen. Mehr Belastungen trägt der Haushalt nicht mehr, zumal wir über die Finanzierung des großen Infrastrukturprojekts Linie 6 noch gar nicht gesprochen haben, was wir aber bald tun müssen.

Rauben wir uns für so ein wichtiges Infrastrukturprojekt also nicht vorher jeglichen Spielraum durch hohe wiederkehrende Zuschüsse, zumal durch die dauerhafte Einführung eines bundesweiten EUR 49,00 Tickets eine revolutionäre Entwicklung ausgelöst wird, die so manche bisherigen Überlegungen wie die Schaffung eines unterfränkischen Verkehrsverbundes mit einem Federstrich verblassen lässt.

Zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts müssen wir sowohl an das Ersparte wie auch an unsere Tochter herangehen, indem wir in 2023 mit EUR 2,0 Mio. statt nur mit EUR 1,0 Mio. wie in diesem Jahr in die Versorgungsrücklage eingreifen und eine Gewinnabführung der Stadtbau mit EUR 0,5 Mio. vorsehen müssen. Ich will auch nicht verheimlichen, dass wir einige Risiken bewusst ausgeblendet haben, wie z. B. die Umsetzung der Wohngeldreform, die – obwohl die Geldleistungen von Bund und Land getragen werden – uns einen enormen Verwaltungsaufwand und Personaleinsatz abfordern wird. Hier muss ein Ausgleich für unsere Kosten erfolgen, ansonsten verstehe nicht nur ich den Grundsatz der Konnexität völlig falsch.

Im Vermögens- und damit dem Investitionshaushalt müssen wir nach einem sehr hohen Investitionsniveau in diesem Jahr von EUR 53,7 Mio. die Bauinvestitionen auf EUR 41,9 Mio. in 2023 zurückfahren.

Bauen kostet einfach mehr Geld. Das liegt an höheren Rohstoff- und Beschaffungskosten und sicherlich auch an unserem, insbesondere die öffentliche Hand knebelnden Vergaberecht.



Wenn ich mir Investitionskosten, z. B. für Kindergärten anschaue, dann muss ich feststellen, dass wir (nach heutiger Planung) für eine einzige Kinderkrippengruppe mit 25 Plätzen an der Löwenbrücke EUR 1,8 Mio. ausgeben müssen. Vor 8 Jahren hat der Neubau der Kita "Schatzinsel" in Rottenbauer mit 50 Kindergarten-, 24 Krippenund 25 Hortplätzen ca. EUR 2,3 Mio. gekostet. Eine vergleichbare Einrichtung wie die Kita An der Sternwarte kostet heute ca. EUR 6,5 Mio.

Wir werden daher anerkennen müssen, dass wir zukünftig aufgrund Materialknappheit, Baupreissteigerungen und der uns selbst gegebenen Standards für das gleiche Geld weniger Projekte und Vorhaben realisieren werden.

Dennoch gelingt es auch im nächsten Haushalt, wichtige Investitionsprojekte fortzusetzen, auch wenn wir ein Projekt wie die Multifunktionsarena aufgrund des momentanen Projektstatus und aus Rücksichtnahme auf den Haushaltsausgleich nur mit einem Erinnerungsbetrag stehen lassen können.

Mit den Planungskosten für die Grundschule am Hubland und den Erweiterungsbau der Josef-Greising-Schule, mit der Kita an der Löwenbrücke, dem Brückenkopf der Alten Mainbrücke und dem Ausbau der Radachse 3 und 4 können wir sogar neue Investitionsschwerpunkte setzen, auch wenn sie bisher nur in Arbeit oder Planung waren und jetzt in die Umsetzung kommen.

Richtig "neu" aufgenommen wurden nur die Erneuerung der Oeggstraße mit Gesamtkosten von EUR 1,4 Mio., zwingend notwendig durch die Theatersanierung und der Neubau des Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof mit EUR 0,7 Mio.

Wir bedauern alle, dass im nächsten Haushalt nicht ausreichend Spielraum da ist, um weitere neue Entwicklungen oder Projekte anzuschieben. Die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten ist aber ein selbst mit Optimismus nicht wegzudiskutierendes Faktum, sondern eine Zukunftsperspektive in der wir uns einrichten müssen. Es geht nicht immer nur aufwärts!

Allerdings stellt es unseres Erachtens in diesen unsicheren Zeiten, in denen sich Europa einem Angriffskrieg und, durch die Energieknappheit ausgelöst, Angriffen auf seine Sicherheit und seinen Wohlstand ausgesetzt sieht, ein enorm stabilisierendes Element dar, wenn wir unsere Standards weitgehend halten und auch das weiterhin leisten können, was in den vergangenen Jahren hinzukam.

Denn wir dürfen dabei nicht vergessen, dass sehr viele Ansätze im Haushalt wie z. B. das Schulbau- und Klimaschutzprogramm, die oben genannten Ausgleichsleistungen für den ÖPNV, der Neubau des Nautilands, die Würzburger Energiestandards, der Ausbau der Kindertagesstätten, die Sanierung des Mainfrankentheaters, die Stärkung des Radverkehrs und vieles mehr, die Handschrift dieses Stadtrates und seiner Politik tragen. Jetzt gilt es, diese Fortschritte für die nächsten Jahre zu sichern.

Gesamthaushalt – bisher eingeplante Eckpunkte				
Stand: 20.10.2022	in Mio. €			
	2023	2024	2025	2026
Überschuss Verwaltungshaushalt	+4,1	+4,4	+8,8	+10,7
Finanzierungsbedarf Vermögenshaushalt / Sonderprojekt "Lengfeld Nord"	-26,6 0,0	-25,2 -4,4	- <mark>26,3</mark> 0,0	-23,0 0,0
Defizit	-22,5	-25,2	-17,5	-12,3
Rücklagenentnahme Kreditaufnahme gesamt	+14,2 +8,3	+12,0 +13,2	+6,0 +11,5	+12,3
- davon in Höhe der ordentlichen Tilgung → Netto neu = 0 € - davon für Finanzierung Sonderprojekt "Lengfeld Nord"	8,3	8,8	8,8	9,0
= Neuverschuldung - davon Kreditaufnahme Neuverschuldung	0,0 0,0	4,4 0,0	0,0 2,7	0,0 3,3
Verbleibendes Defizit	0,0	0,0	0,0	0,0



Die Eckpunkte des Gesamthaushalts zeigen, dass wir – und das ist eine gute Nachricht – den Haushalt 2023 und die Finanzplanung zwar mit viel Mühe, aber immerhin ausgleichen können.

In den nächsten beiden Jahren können wir auch den Verwaltungshaushalt ausgleichen, die Mindestzuführung aber - und das ist die schlechte Nachricht - nur zur Hälfte erreichen. Anders als im letzten Jahr, wo wir die Mindestzuführung nur im Planungsjahr nicht erreicht haben und daher von einer vorübergehenden Minderung der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgegangen werden konnte, zieht sich diese Minderung aufgrund der Krise nunmehr über zwei Jahre.

Die weiterhin schlechte Nachricht lautet, dass wir zum Ausgleich des Vermögenshaushalts und der Finanzplanung unsere Rücklage komplett einsetzen müssen, inklusive der kompletten Straßenbahn- und auch der kompletten Mindestrücklage. Da auch dies nicht für den Haushaltsausgleich reicht, müssen wir in den Finanzplanungsjahren 2025 und 2026 eine Neuverschuldung von EUR 6 Mio. zum Ausgleich einplanen.

Die richtig schlechte Nachricht ist daher die, dass wir unsere ordentlichen Tilgungen nicht mehr selbst vollständig erwirtschaften können, sondern dass wir am Ende des Finanzplanungszeitraumes nicht nur nackt und ohne Rücklagen, sondern auch mit weiteren Schulden dastehen. Dies zusätzlich bei einem signifikant höheren Zinsniveau. Und Kredite, das wissen wir, haben den gleichen Nachteil wie Brennstäbe von AKWs. Ihre Halbwertszeit, ihre Zerfallszeit ist zu hoch. Und anders als im Bundeshaushalt haben wir leider kein Endlager für neue Schulden in einem Sondervermögen!

Sie werden daraus sicherlich erkennen, dass mit unserem Haushalt 2023 und seiner Finanzplanung ein citius, altius, fortius (schneller, höher, stärker) nicht möglich ist.

Wir stoßen schon mit unserem Haushaltsplanentwurf an die geltenden haushaltsrechtlichen Grenzen. Mehr ging nicht. Ich sehe derzeit auch keine weiteren Spielräume für zusätzliche Belastungen des Haushalts, v. a. nicht des Verwaltungshaushalts.

Wenn es uns aber durch kluge Haushaltspolitik gelingt, das bisher Erreichte zu wahren und weiter zu finanzieren, dann haben wir Großes geschafft.

Denn das Basis-Szenario, dass die Krise andauert, die Energie knapp bleibt, die Versorgungsengpässe weiterbestehen und sich die Kostenarten konstant auf einem hohen Niveau halten, ist am Wahrscheinlichsten. Die Alternativ-Szenarien, dass die gegenwärtige Krise im nächsten Jahr zu Ende geht oder total eskaliert, sollten wir außenvor lassen.

In einem solchen Basis-Szenario weiterhin die wichtigen Leistungen aufrecht zu erhalten, Kürzungen von Ansätzen oder eine Haushaltssperre zu vermeiden, stellt eine große Herausforderung, wenn wir dies schaffen, aber auch einen Riesen Erfolg dar.

Wir werden auch bei der Bewirtschaftung des nächsten Haushalts umsichtig sein müssen. Daher kündige ich schon jetzt an, dass wir aufgrund der Risiken und Unsicherheiten auch in der Bewirtschaftung des nächstjährigen Haushalts auf Verbesserungen wie Verschlechterungen reagieren werden. Und das in die eine wie die andere Richtung. Also zum einen, in dem wir nachfinanzieren oder zusätzliche Mittel bereitstellen, zum anderen, in dem wir einzelne Ansätze sperren, eine Haushaltssperre verfügen oder gar mit einem Nachtragshaushalt reagieren werden.

Ein Überschreiten der Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit lässt uns im besten Fall mit erheblichen Auflagen der Rechtsaufsicht oder gar ganz ohne genehmigten Haushalt dastehen und führt uns dauerhaft in die vorläufige Haushaltsführung nach Art. 69 GO.

Beides müssen wir unbedingt vermeiden. Denn dann reden wir nur noch über Auflagen und Einsparvorgaben oder Ausgaben, zu denen wir rechtlich, also gesetzlich oder vertraglich, verpflichtet sind, oder die zur Fortführung notwendiger Aufgaben erforderlich sind. Wir reden dann über Kürzungen von Ansätzen insbesondere für freiwillige oder von der Höhe disponible Leistungen, über das Herunterfahren von Strukturen, die Schließung von Einrichtungen, echte Wiederbesetzungssperren, Beförderungsstopps usw., usw..

Wir haben nach der haushaltslosen Zeit Anfangs der Zweitausenderjahre, Jahre gebraucht, um uns davon zu erholen.

Das müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, unbedingt vermeiden – und das können wir auch.

Es gelingt uns, in dem wir kleinere Brötchen backen (kleinere Brötchen sind immerhin besser als die Brötchenproduktion einzustellen, was ja keine Insolvenz ist, wie man sagt) und den Gürtel enger schnallen. Der "Speck", insbesondere im Verwaltungshaushalt, den wir in den letzten Jahren angesetzt haben, darf nicht mehr, idealerweise darf er sogar etwas weniger werden. Wir werden die bisherigen Ansätze halten und Aufwüchse vermeiden müssen. Wir werden nachgerade gezwungen, uns zu "verschlanken" oder "abzunehmen", da wir wissen, dass eine "Nulldiät" im Rahmen des Nothaushaltsrechts nicht nur den "Speck", sondern auch die "Muskeln" schwächt. Es geht vielmehr darum, eine Diät zu finden, die uns über mehrere Haushaltsjahre hinweg stärkt.

Neben dem Entgegenkommen der Regierung von Unterfranken bei unserer Haushaltsgenehmigung brauchen wir daher eine deutliche Zurückhaltung bei Zusatzanträgen. Wenn zusätzliche Aufgaben übernommen oder andere Schwerpunkte gesetzt werden sollen, dann werden diese Veränderungen gegenfinanziert sein müssen, also klar zum Ausdruck gebracht werden, was im Gegensatz dazu geopfert wird oder wie es finanziert wird.

Es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen darum, diese Krise durchzustehen, weniger zu konsumieren und in das Nötigste zu investieren, so dass wir handlungs- und leistungsfähig bleiben.

Für das Arbeiten an dieser Handlungsfähigkeit durch die Aufstellung des Haushalts bedanke ich mich beim Oberbürgermeister sowie den Referentinnen und Referenten für die Abstimmung, die nicht leicht war, die aber zu guten Kompromissen geführt hat. Herzlichen Dank für das kollegiale Miteinander, das ich – und es sei hiermit zugesagt - gerne auch im Haushaltsvollzug erwidere.

Insbesondere bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei. Allen voran diesmal Herrn Thomas Drewes, dessen erster Haushaltsplan es ist, der sich schon wunderbar in unseren Betrieb eingefunden hat und für den ich hoffe, dass die nächsten Haushalte leichter werden.

Neben ihm sei den Kolleginnen Frau Maihofer, Frau Brand, und Frau Schwab sowie

dem Kollegen Herrn Hess sehr herzlich gedankt, genauso wie Frau Langer aus dem

Vorzimmer, die von dort in die Kämmerei wechselt, um im nächsten Jahr für die

Aufstellung eines Teils des Verwaltungshaushalts Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Rede kommt angesichts der ernsten Lage ohne

große Zitate oder Schnörkel aus. Allerdings ging es mir beim Schreiben dieser Rede,

der Titel mag es vermuten lassen, wie der Romanfigur von Italo Calvino, die immer

wieder aufgewühlt einen neuen Anfang macht und dann das spannende Kapitel

gefrustet beenden muss, nicht wissend, wie es weitergeht, bevor sie am Ende das

ursprünglich gewählte Buch doch noch fertig lesen und den Rahmen um die Handlung

herumlegen kann.

Derzeit haben wir noch Herbst und ich hoffe, dass wir bei unseren

Haushaltsberatungen diesen Rahmen für unser Handeln finden werden, um am Ende

gut und sicher durch den Winter reisen zu können. Und nicht nur die Meteorologen

unter uns wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Auf einen Winter folgt immer auch

ein Sommer!

Würzburg, 20. Oktober 2022

Robert Scheller

rechtsk. berufsm. Stadtrat und Stadtkämmerer

15